

Eine grundsätzliche Revision des Parteiprogrammes der SPS

Autor(en): **Walter, Emil J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **31 (1952)**

Heft 10

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336666>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

für Sozialversicherung über die Verwendung der Überschüsse der AHV zugestimmt. Die Überschüsse sollen nicht nur 40, sondern 68 Millionen betragen. Davon sollen 40 Millionen zur Erhöhung aller Renten um durchschnittlich 5 Prozent verwendet werden. Ferner sollen die AHV-Beiträge von den über 65 Jahre alten Erwerbstätigen nicht mehr bezogen werden, wodurch ein Einnahmenausfall von rund 18 Millionen entstehen würde. Für die Invalidenversicherung bliebe somit nichts mehr übrig. Aber das letzte Wort über die Verwendung der Überschußmillionen dürfte noch nicht gesprochen sein, insbesondere was den Verzicht auf die Beiträge der über 65 Jahre alten Erwerbstätigen anbetrifft.

F. B.

EMIL J. WALTER

Eine grundsätzliche Revision des Parteiprogrammes der SPS

Unser Weg zu Wohlstand und Gerechtigkeit

Die ruhige Zeit zwischen zwei wichtigeren Wahlperioden sollte als Gelegenheit zur politischen Selbstbesinnung genützt werden. In weniger als zwanzig Jahren haben sich auf der internationalen Weltbühne umwälzende Ereignisse abgespielt vom Sieg des Nationalsozialismus in den dreißiger Jahren über den Zweiten Weltkrieg und den schmachvollen Untergang des Dritten Reiches bis zum Kalten Krieg zwischen dem freiheitlich gesinnten Westen und der Welt der kommunistischen Diktatur im Osten. In der Schweiz aber haben sich die politischen Verhältnisse trotz den großen weltpolitischen Spannungen auf einer mittleren Ebene stabilisiert. Es kann die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht zweckmäßig wäre, einige Grundlagenthemen unserer Partei zu diskutieren. Unser Artikel versucht, von der Überzeugung getragen, daß die Abklärung vieler Fragen dringlich geworden ist, einige wesentliche Punkte unserer Parteitaktik und unseres Parteiprogrammes zu besprechen, um damit eine breite und möglichst fruchtbare Diskussion anzuregen.

Das Parteiprogramm der SPS

Das gegenwärtig gültige Programm der SPS wurde auf dem Parteitag vom 26. und 27. Januar 1935 in Luzern beschlossen. Es enthält folgende Abschnitte:

- A) Grundsätze,
- B) Erwägungen:

«I. Die bürgerliche Gesellschaft» mit den Unterabschnitten «Wandlungen der Wirtschaft. Soziale Ergebnisse. Niedergang der Wirtschaft. Bürgerliche Demokratie und politische Reaktion. Der Faschismus.» «II. Der Weg zum Sozialismus» mit den Untertiteln «Sammlung der Volksmehrheit. Die Arbeitslosen. Die werktätigen Frauen. Die werktätigen Jugendlichen. Der Mittelstand und die Bauern. Die Demokratie. Schutz der Demokratie.» «III. Die sozialistische Gesellschaft» mit zwei kurzen Abschnitten über «Das sozialistische Werden» und «Die sozialistische Vollendung».

Gleichzeitig wurde «Der Plan der Arbeit» angenommen, der einen integrierenden Bestandteil des Parteiprogramms bildete mit den Untertiteln «Das Ziel. Die Verwirklichung. I. Die Organisation des Kredites als öffentlicher Dienst. II. Organisation der Industrie. III. Förderung der Landwirtschaft. IV. Förderung von Kleingewerbe und Kleinhandel. V. Boden-, Bau- und Mietpolitik. VI. Organisation des Verkehrswesens. VII. Förderung des Fremdenverkehrs. VIII. Schutz der Arbeit. IX. Organisation des Außenhandels. X. Finanz- und Währungspolitik. XI. Volkswirtschaftsdirektion.»

Während des Zweiten Weltkrieges wurde der «Plan der Arbeit» im Sinne marktsozialistischer Erwägungen umgearbeitet und im Dezember 1942 in der neuen Fassung mit dem Titel «Die neue Schweiz» und den Untertiteln «Leitsätze zur Revision der Bundesverfassung» und «Die sozialistische Ordnung von Staat und Wirtschaft (1. Kredit und Währung. 2. Industrie. 3. Landwirtschaft. 4. Gewerbe und Handel. 5. Bauen und Wohnen. 6. Verkehrswesen und Energiewirtschaft. 7. Erholung und Gastgewerbe. 8. Die Arbeit. 9. Außenhandel. 10. Finanz- und Steuerpolitik. 11. Volkswirtschaftsdirektion)» angenommen.

Im ganzen beanspruchten Programm und «Neue Schweiz» im Mitgliedsbüchlein nicht weniger als 30 Seiten. Trotz dieser epischen Breite leidet das Parteiprogramm sowohl an ausgesprochenen formalen als auch an inhaltlichen Mängeln.

Formale Kritik

Der Umfang des Parteiprogrammes von 30 Seiten — das «Kommunistische Manifest» von Marx und Engels war, den Zeilen nach gemessen, wesentlich kürzer — erschwert die Propaganda und die Formulierung von politischen Grundsätzen der SPS. Wer von den Mitgliedern der SPS hat das offizielle Parteiprogramm wirklich durchgelesen und gründlich studiert? Die Tatsache, daß das Parteiprogramm der SPS, vom formalen Standpunkt aus betrachtet, viel zu umfangreich ist, eine längst überholte Tradition befolgt, welche die Klarheit des politischen Gedankens durch langfädige Überlegungen zu umgehen versucht und, gerade vom propagandistischen Standpunkt aus gesehen, unzweckmäßig und höchst irrationell erscheint, dürfte wohl kaum mit ernsthaften Argumenten bestritten werden können.

Inhaltliche Kritik

Noch schwerwiegender sind die inhaltlichen Einwände. Wir verzichten aus Raumgründen auf eine detaillierte Kritik. Aber schon eine flüchtige Durchsicht des Parteiprogrammes zeigt, daß dieses lediglich eine Analyse der 1935 herrschenden Lage darstellt, eine Situation, welche durch die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1934, den Sieg des Nationalsozialismus und das Aufkommen der Frontenbewegung bestimmt war, alles politische Vorgänge, die längst obsolet geworden sind. Dagegen finden wir im ganzen Programm nur wenige Sätze, welche sich mit dem Kommunismus und dies auch nur in verklausulierter Form beschäftigen:

Die demokratischen Rechte «sind bedroht durch die Fronten und faschistischen Strömungen, die bewußt eine Zerschlagung der demokratischen Rechte fordern. Sie sind gefährdet durch *ehrliche Revolutionäre*, die in Verkennung der realen Kampfbedingungen und in wahlloser Übertragung von unter andern Verhältnissen zulässigen und notwendigen Kampfmitteln die demokratischen Kräfte dezimieren, auf gewaltsame Auseinandersetzungen hinarbeiten, ohne der Verantwortung bewußt und in der Lage zu sein, sich über die Tragweite solcher, mit ungleichen Kräften durchgeführten Aktionen Rechenschaft zu geben.

Das Schicksal der internationalen Arbeiterbewegung hat gezeigt, daß die Demokratie weder mit ihrer rein formalen, blutleeren Erfassung noch durch die Bewaffnung der isolierten Arbeiterklasse zu schützen und zu erhalten ist.»

Hinter dieser Formulierung stand eine völlige Verkennung des Charakters der kommunistischen Bewegung, eine Verkennung, welche in der Folge die Abspaltung der Linkssozialisten und die Gründung der Partei der Arbeit erleichtern sollte.

Staatspolitische Erwägungen

Seit dem Ersten Weltkrieg haben sich Theorie und Praxis der SPS entscheidend geändert. Bis zum Beginn der großen Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 und bis zur politischen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung in den Jahren 1923 bis 1933 vertrat die SPS in ihrer offiziellen Politik stets die Auffassung, es gelte in der schweizerischen Demokratie die politische Macht zu erobern, durch aktive Propaganda die proletarische Mehrheit der Arbeiter und Angestellten des Schweizervolkes unter ihren Fahnen zu sammeln. Damals trat die Partei für die «Diktatur des Proletariates» unter enger Anlehnung an die leninistische Variante des Marxismus ein und lehnte die Partei aus der gleichen entsprechenden Grundhaltung die Landesverteidigung ab, weil diese Landesverteidigung nur der Aufrechterhaltung der «bürgerlichen Demokratie» diene.

Die wirkliche Politik und die politischen Realitäten ließen aber den Gegensatz von ideologischer Theorie und effektiver Praxis der Partei immer schärfer werden, so daß nach dem Siege des Nationalsozialismus in Deutschland der ideologische Flügel unserer Partei zurückgedrängt wurde und die

militärische Landesverteidigung von den meisten Pazifisten und den Realpolitikern unserer Partei anerkannt wurde. Gleichzeitig vollzog sich auch eine Wandlung in den Auffassungen über die Beteiligung an den Wahlen in die Exekutivbehörden. Man beschloß, sich an den Wahlen der Regierungsräte der verschiedenen Kantone zu beteiligen, man forderte immer klarer die Beteiligung der stärksten Partei an der Landesregierung. (Dieser Anteil muß in absehbarer Zeit in Angleichung an die Parteistärke der SPS durch Erhöhung auf zwei Bundesräte erhöht werden.) Die «Alles-oder-nichts-Politik» der Vergangenheit wurde von einer gewissen Kompromißbereitschaft abgelöst.

Die SPS erkannte, daß sie im Rahmen der schweizerischen Referendumsdemokratie praktisch eine besonders wichtige Aufgabe zu erfüllen hat, nämlich die *politische Vertretung der speziellen Arbeiterinteressen*, und zwar im besonderen der industriellen und öffentlichen Arbeitnehmerschichten.

Zwischen Theorie und Praxis, respektive — konkret gesprochen — zwischen Programm und effektiver politischer Betätigung, besteht heute ein großer Gegensatz, der der Masse der Mitgliedschaft nur deshalb nicht bewußt wird, weil die wenigsten Parteigenossen sich die Mühe nehmen, das Parteiprogramm zu lesen. Wir sind der Meinung, dieser Zustand sei auf die Dauer unhaltbar. *Das Parteiprogramm muß revidiert und vereinfacht werden. Es ist so zu formulieren, daß es der herrschenden Praxis klaren und unzweideutigen Ausdruck gibt.*

Die Funktion der SPS innerhalb der schweizerischen Demokratie

Es dürfte innerhalb der schweizerischen Arbeiterbewegung heute nur noch zahlenmäßig bedeutungslose Kreise geben, welche einen politischen Umschwung im Sinne einer «Diktatur des Proletariates» von innen heraus erwarten. Der politische Anschauungsunterricht seit dem Ersten Weltkrieg hat die uneinsichtigsten Ideologen über die innere Verwurzelung der schweizerischen Demokratie und ihre politische Stabilität belehrt. Ein radikaler politischer Umschwung wäre erst nach einer militärischen Besetzung durch ausländische Truppen zu erwarten. Aber mit dieser Eventualität hat sich die SPS, die ja auf dem Boden der Landesverteidigung und damit der politischen Erhaltung und Verteidigung der schweizerischen Demokratie gegen jeden möglichen äußeren Feind steht, programmatisch gar nicht abzugeben.

Sonach verbleibt lediglich die Abklärung der Frage, welche effektive Aufgabe die SPS im Rahmen der gegebenen staatspolitischen Formen der schweizerischen Referendumsdemokratie zu erfüllen hat. Vom Standpunkt der formalen Entwicklung aus gesehen weist die schweizerische Demokratie lediglich einen großen Mangel auf, einen Mangel, der gerade mit ihren Vorzügen der Initiative und des Referendums eng zusammenhängt, nämlich, daß die Schweiz immer noch kein Frauenstimmrecht kennt. Aber davon ab-

gesehen sind lediglich gewisse Verbesserungen der politischen Einrichtungen, aber keine grundsätzlichen Neuerungen mehr möglich. Durch Initiative und Referendum wird die Macht der Parteien derart eingeschränkt, auf ihre Funktion, fähige Funktionäre für die Verwaltung und als Mitglieder des Parlaments auszuwählen, reduziert, daß der Selbstverwaltung der Bevölkerung — auf lange Sicht gesehen — kaum irgendeine ernsthafte Gefahr droht.

Dagegen muß auch in der Referendumsdemokratie immer wieder um den grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Kurs gerungen werden. Im Rahmen dieser Aufgabe erfüllt die schweizerische SP eine wichtige staatspolitische Funktion. Sie ist vor allem die *politische Vertreterin der Interessen der Hand- und Industriearbeiter* wie auch der *breiten Schicht der weniger begüterten reinen Konsumenten*. Daß es ihr nicht gelungen ist, auch die Vertretung der ähnlich gelagerten, aber psychologisch anders struktuierten Interessen der Angestellten und Techniker zu übernehmen, ist auf taktische und ideologische Fehler der Vergangenheit zurückzuführen und muß heute wohl als politische Tatsache akzeptiert werden.

Die Form des neuen Parteiprogrammes

Die politischen Gewohnheiten der Referendumsdemokratie bringen es mit sich, daß über wirtschaftspolitische Probleme die Auseinandersetzung immer in Form von konkreten Gesetzes- und Abstimmungsvorlagen geführt werden muß. Ein umfassendes Programm, wie der «Plan der Arbeit», ist deshalb zur Realisierung in unseren konkreten Verhältnissen ungeeignet, weil dieser «Plan der Arbeit» auch in seiner neuesten modifizierten, ausgesprochen marktsozialistisch orientierten Form nur verwirklicht werden würde, wenn die SPS auf einen Schlag die politische Mehrheit in Kanton und Bund erobern würde. Bei der Stabilität unserer Verhältnisse, der gegebenen soziologischen und kulturellen Struktur der Schweiz ist aber eine entsprechende Verschiebung der Machtverhältnisse in absehbarer Zeit ausgeschlossen.

Es ist auch politisch unzweckmäßig, konkrete wirtschaftspolitische Forderungen schematisch für längere Zeit festzulegen. Die Taktik der SPS muß beweglicher sein. Sie muß sich veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen rasch anpassen können. Deshalb ist die Zweiteilung des Parteiprogramms naheliegend: In einem ersten Teil wären in wenigen Thesen die *allgemeinen Grundsätze der Partei* zu formulieren, während die aktuellen Tagesforderungen in Form von besonderen *Aktionsprogrammen* immer wieder von den zuständigen Parteiinstanzen, den kantonalen und schweizerischen Parteitag zu beschließen wären. Nur die allgemeinen Grundsätze wären als Parteiprogramm zu bezeichnen.

Das taktische Vorgehen

Die Revision des Parteiprogrammes im Sinne der vorgeschlagenen Erwägungen dürfte sich auf drei Aufgaben reduzieren lassen. Einmal müßten

die Parteinstanzen grundsätzlich den Beschluß fassen, das veraltete Parteiprogramm vom Jahre 1935 zu revidieren. Zweitens hätte eine besondere Programmkommission die Grundsätze zu beraten. Und drittens wären diese Grundsätze von einem allgemeinen schweizerischen Parteitage als neues Parteiprogramm zu beschließen.

Das neue Parteiprogramm

Durch die Trennung des Parteiprogramms in kurze Grundsätze und von Fall zu Fall neu zu beschließende Aktionsprogramme wird die taktische Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit der SPS gesteigert. *Das grundsätzliche Programm sollte unseres Erachtens so kurz und so einfach als nur möglich formuliert werden.*

Wenn wir im Folgenden einige Punkte dieser «Grundsätze» zu formulieren versuchen, so geschieht dies lediglich, um die Diskussion anzuregen. Es wird Aufgabe der Mitgliedschaft der SPS sein, Umfang und Inhalt dieser Grundsätze gründlich zu diskutieren und zuhanden der Parteinstanzen konkret zu ergänzen.

Grundsätze der SPS (Entwurf)

I. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz steht grundsätzlich auf dem Boden der schweizerischen Referendumsdemokratie. Sie tritt für den zweckmäßigen Ausbau der politischen Rechte des Volkes in Bund, Kantonen und Gemeinden ein. Sie fordert die Einführung des passiven und aktiven Frauenstimmrechtes.

II. Die SPS bekennt sich zum Rechtsstaate. Sie lehnt alle Versuche zur Schaffung einer autoritären Diktatur und die Einführung eines Einparteiensystems ab.

III. Die SPS tritt für die Landesverteidigung im Rahmen der wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten und der staatspolitischen Notwendigkeiten ein. Sie unterstützt sowohl die Politik der staatspolitischen Neutralität der Schweiz gegenüber allen weltpolitischen Konflikten als auch der humanitären Hilfeleistung im Rahmen entsprechender internationaler Organisationen. Sie fördert alle zweckmäßigen Bestrebungen zur Schaffung übernationaler Organe und übernationaler Staatenverbände, welche den allgemeinen Frieden sichern können.

IV. Die SPS strebt den Ausgleich der Einkommen und Vermögen der verschiedenen sozialen Schichten der schweizerischen Bevölkerung, die Beseitigung des Gegensatzes von reich und arm durch eine zweckmäßige Steuer- und Wirtschaftspolitik an.

V. Jedem Schweizer und jeder Schweizerin ist ein menschenwürdiges Existenzminimum und eine genügende Erziehung und Bildung zu sichern.

Die natürlichen Menschenrechte auf Arbeit, Bildung und vollen Anteil am kulturellen Leben sind zu gewährleisten.

VI. Der Aufstieg der Begabten ist durch einen sozialen Ausbau des Erziehungs- und des Stipendienwesens zu fördern. Schule und Elternhaus haben die Jugendlichen zur Arbeits-, Lebens- und Kulturfähigkeit zu erziehen.

VII. Die Wirtschaftspolitik ist im Sinne der Vollbeschäftigung so zu führen, daß den Arbeitern, Angestellten und Bauern durch Verbesserung der Produktionsmethoden und Förderung der wissenschaftlichen Forschung ein wachsender Anteil am realen Volkseinkommen gewährleistet wird.

VIII. Die SPS tritt im Sinne der «Neuen Schweiz» für eine sozialistische Marktwirtschaft auf genossenschaftlicher Basis ein, welche ausgesprochene Monopolindustrien in Gemeinbesitz überführt und Gewerbe, Klein- und Mittelindustrie und die Landwirtschaft grundsätzlich der Initiative des selbständigen Leiters überläßt.

IX. In den Betrieben von Industrie und Gewerbe fordert die SPS die Anerkennung der Arbeitswürde der Arbeitnehmer, der Arbeiter, Angestellten und Techniker durch den Ausbau der Betriebsdemokratie und die allgemeine Verbesserung der menschlichen Beziehungen zwischen Belegschaft und Leitung.

X. Die SPS unterstützt grundsätzlich alle Bestrebungen der wirtschaftlichen Arbeitnehmerverbände, der Gewerkschaften und der Verbände der Angestellten zur Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder, des Ausbaues der Sozialversicherung, der Krankenfürsorge, des Arbeiterschutzes usw. und der Sicherstellung der gewerkschaftlichen Grundrechte.

Hinweise auf Zeitschriften

Marxismus oder Kriegssozialismus

Die merkwürdige, ja unheimliche Erfahrung, daß die Kenntnis dessen, was war, ja sogar, was ist, immer wieder mühsam aus den Geschichtsquellen geschöpft werden muß, weil die Menschen das, was sie erlebt haben, so wenig behalten, wie sie das kennen, was vor ihrem Erlebnis der Zeitereignisse liegt, haben wir in unserer Epoche zu beobachten tagtäglich Gelegenheit. Die weltumfassende Auseinandersetzung mit dem bolschewistischen Wirtschaftsexperiment geht regelmäßig mit größter Selbstverständlichkeit davon aus, daß der Bolschewismus der Marxismus in der Praxis sei; es ist eben in totale Vergessenheit geraten, daß der Bolschewismus vom Augenblicke an, da er eine ökonomische Aufgabe zu verwirklichen hatte, nach einem Modell seines Sozialismus suchte und kein anderes fand als den preußisch-deutschen sogenannten Kriegssozialismus, den er auf seinem Territorium zu verwirklichen suchte. Etwas anderes blieb ihm ja auch nicht übrig, da sich in Rußland keine Spur der von Marx stipulierten Voraussetzungen des Sozialismus in der Industrie fand, nämlich die im Schoß der alten Gesellschaft ausgebrüteten Existenzbedingungen der neuen. Diese waren nur in der Landwirtschaft vorhanden, wurden aber vom Bolschewismus zerstört.